

LAGA NRW feiert zehnjähriges Bestehen

Festakt im nordrhein-westfälischen Landtag

Mehr als 200 Gäste kamen in den Düsseldorfer Landtag, um das zehnjährige Bestehen der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) zu feiern. Sie folgten der Einladung der Präsidentin des Landtags Regina van Dinther.

Während des Festaktes im Plenarsaal des Landtags erinnerten Armin Laschet, Integrationsminister des Landes NRW sowie der Vorsitzende der LAGA NRW, Tayfun Keltek, an die Gründung der Organisation in Oberhausen vor nunmehr fast elf Jahren. Damals sei es darum gegangen, den Migrantinnen und Mi-

granten eine Stimme auf Landesebene zu geben. Dies sei gelungen, betonte Laschet. Für ihn sei die LAGA NRW heute nicht nur zuverlässiger Partner der Landesregierung sondern in erster Linie die legitime Vertreterin der Migranten gegenüber der Landespolitik. Schließlich setze sich die LAGA NRW aus den von den Migranten in den Städten und Gemeinden gewählten Integrationsräten und Ausländerbeiräten zusammen. Damit sei die LAGA NRW die einzige wirklich demokratisch legitimierte Organisation der Migranten im Land.

... Fortsetzung S. 2

AUS DEM INHALT:

Editorial

Kommunales
Wahlrecht

Bildungschancen

Integrationsagenturen

Bildungsscheck
NRW

Neuerscheinungen

Stipendien

Termine

Impressum

Oktober 2007

HIER

wo ich lebe,
will ich wählen!



Wir fordern das
KOMMUNALE WAHLRECHT
für alle Migrantinnen und
Migranten, die lange in
Deutschland leben.

Kampagne zum kommunalen Wahlrecht gestartet

CDU/CSU und SPD haben in ihren Koalitionsvertrag, die Prüfung einer Grundgesetzänderung zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche aufgenommen. Doch der Ankündigung ist bisher leider keine Tat gefolgt. Mit einer am 18. September 2007 gestarteten gemeinsamen Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für legal in Deutschland lebende Nicht-Deutsche wollen die Initiatoren nun die Bundesregierung in ihrem Vorhaben bestärken.

Schon jetzt hat die Kampagne erste Wirkungen erzielt: Noch am gleichen Tag hat der Kölner Stadtrat mit einem Beschluss die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Nicht-Deutsche bekräftigt. SPD, Grüne, FDP, Linke und der Vertreter des Kölner Bürgerbündnisses stimmten für eine entsprechende Resolution an Land und Bund. Obwohl die CDU-Fraktion gegen den Antrag des Kölner Integrationsrates stimmte, sprach sich Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) jedoch dafür aus. In zahlreichen weiteren Städten des Landes hat es Beschlüsse der Integrationsräte und Räte gegeben.

... weiter S. 3

Etwa 200 Gäste von kommunalen Migrantenvvertretungen, dem Landtag, der Landesregierung sowie dem konsularischen Corps konnte die Präsidentin des Landtages, Regina van Dinther, in Düsseldorf begrüßen. Sie waren gekommen, um das zehnjährige Bestehen der LAGA NRW – mit fast einem Jahr Verspätung – zu feiern.

„Der Landtag ist das Haus aller Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens. Und damit ist der Landtag auch das Haus aller Migrantinnen und Migranten, die an Rhein, Ruhr und Lippe eine neue und dauerhafte Heimat gefunden haben.“ begrüßte van Dinther die Festgäste. Die Bedeutung der LAGA-Arbeit für die demokratische Kultur im Land würdigte die CDU-Politikerin so: „Nur wer durch sein eigenes Handeln gesellschaftliche Verantwortung für seine Mitmenschen übernimmt, der identifiziert sich auch mit den demokratischen Grundwerten unseres Zusammenlebens.“

In seiner Dankesrede griff Tayfun Keltek diesen Gedanken auf und verwies auf die zahlreichen politischen Initiativen der LAGA NRW insbesondere auf den Feldern der Bildungspolitik und der politischen Teilhabe hin. Manches habe Eingang in die Landespolitik gefunden. Keltek kritisierte aber auch die Haltung des Ministers, der die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Migranten ablehnt. „Da haben wir unterschiedliche Auffassungen“, so Keltek.

Hauptrednerin beim Festakt war WDR-Intendantin Monika Piel. In einem interessanten und aufschlussreichen Vortrag zu „Integration und Medien“ erläuterte die frühere Hörfunkchefin des WDR den Medienkonsum von Migranten und die Antwort der größten Anstalt des Landes darauf. Es sei festzuhalten, so Piel, dass Migranten insgesamt ein Medienverhalten aufweisen, das dem der Mehrheitsbevölkerung ganz ähnlich sei. Die Präferenzen beim Fernsehen sei fast identisch: „Erfreulicherweise belegen von uns in Auftrag gegebene Studien, dass es keine ausgeprägten medialen Parallelgesellschaften gibt. Die überwiegende Mehrheit der Zugewanderten und ihrer Familien nutzt täglich das deutsche Fernsehen.“ so Piel. Allerdings werde Radio seltener in Migrantenhaushalten seltener gehört. Bei türkischstämmigen Migranten sei zudem eine größere Präferenz für Sender in

Jubiläum im Landtag

WDR-Intendantin hält Festrede



der Herkunftssprache festzustellen. Eine ausschließliche Nutzung dieser Sender sei jedoch meist nicht der Fall.

Der WDR, so die Intendantin weiter, stelle sich der Herausforderung der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration sollen im Programm sowie in der Präsentation durch Redakteure und Moderatoren Normalität werden. Dazu gebe es Zielvereinbarungen beim Sender und regelmäßigen Austausch von den Redaktionen bis hin zum Rundfunkrat: „Die Verabschiedung der Programmleitlinien Anfang 2006 hat eine verbindliche Grundlage für unsere Integrationsstrategie geschaffen. ... Als Leitziel wird darin verankert, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in allen Programmen des Senders als selbstverständliche Alltagswirklichkeit darzustellen und zu thematisieren. Außerdem sollen Menschen mit einer Migrationsbiographie nicht nur als Migranten oder Experten in eigener Sache im Programm erscheinen. Uns ist es vielmehr wichtig, dass sie verstärkt als selbstverständliche Akteure und Verantwortungsträger, als Experten und Diskussionsteilnehmer und Fiction-Formaten auftreten.“ erläuterte die WDR-Intendantin dem aufmerksamen Publikum.

Nach dem Festakt hatten die Gäste Gelegenheit, bei einem Empfang Gespräche in lockerer Atmosphäre zu führen.

Info:

Die komplette Rede der Intendantin Monika Piel steht als PDF-Download auf www.laga-nrw.de zur Verfügung.

Fotos: Yavuz Arslan

Liebe Leserin, Lieber Leser,

„Wir klagen soviel über Politikverdrossenheit. Hier wollen sich Bürgerinnen und Bürger engagieren – geben wir ihnen die Möglichkeit dazu!“ Mit diesen Worten unterstrich der Vorsitzende des DGB-NRW, Guntram Schneider auf einer gemeinsamen Pressekonferenz die Forderung nach Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche. Die gemeinsame Kampagne der LAGA NRW, des DGB, der Liga der Wohlfahrtsverbände und des Landesjugendrings zeigt, dass unsere Forderung nach politischer Teilhabe für alle Migrantinnen und Migranten keine Minderheitenmeinung ist. Breite gesellschaftliche Schichten stehen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts ein. Die Einführung des kommunalen Wahlrechts ist längst überfällig, weil es bei einer weiter steigenden Zahl von Menschen ohne deutschen Pass in unseren Städten und Gemeinden zu regelrechten demokratiefreien Zonen käme, die sich eine Demokratie nicht



leisten darf. Ebenso ist die Ungleichbehandlung von EU-Bürgern und Nicht-Deutschen anderer Herkunft nicht länger hinzunehmen.

Pflichten zur Zahlung von Steuern müssen Rechte gegenüberstehen. Das ist ein ganz selbstverständlicher Grundsatz eines demokratischen Rechtsstaats. Mit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für legal in Deutschland lebende Nicht-Deutsche würde dieser Grundsatz endlich für eine große Zahl von Migrantinnen und Migranten eingelöst.

Es ist noch ein weiter Weg, bis die politische Teilhabe von Migranten und Migrantinnen eine Selbstverständlichkeit sein wird. Die LAGA NRW hat als demokratisch legitimierte Interessenvertretung der Migranten einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg fortsetzen.

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Tayfun Keltek

Tayfun Keltek
(Vorsitzender LAGA NRW)

Chance nutzen – Grundgesetz ändern

Kampagne zum Kommunalem Wahlrecht

Schon wenige Tage nach dem Start der Kampagne gab es zeitgleich in zahlreichen Städten NRWs Pressekonferenzen der Migrantenvertretungen zu dem Thema. Vor Ort wurden die wichtigsten Argumente für eine Änderung des Grundgesetzes vorgestellt. Nach Auffassung der Integrations- und Ausländerbeiräte in NRW ist dies notwendig, weil

- die meisten Migrantinnen und Migranten schon seit vielen Jahren in den Städten unseres Landes leben. Viele sind hier geboren. Sie identifizieren sich mit „ihrer“ Stadt und engagieren sich gesellschaftlich vor Ort.
- Integration nur über politische Beteiligung gelingt! Als Subjekte der Politik können und wollen Migrantinnen und Migranten über die Zukunft der Städte und Gemeinden mitbestimmen.
- Migrantinnen und Migranten im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes sind schon längst in den Mitbestimmungsgremien der Unternehmen beteiligt und sich dort genau so engagieren wie ihre deutschen Kollegen.
- viele Länder in Europa mit dem kommunalen Wahlrecht für Migranten gute Erfahrungen gemacht haben. Wie selbstverständlich können deutsche Staatsbürger in den Städten und Gemeinden des europäischen Aus-

lands mitbestimmen – auch außerhalb der EU!

Zur Kampagne gehört eine Informationsoffensive wie auch eine breite Unterschriftensammlung. Materialien und Unterschriftenlisten können über die LAGA NRW bestellt werden oder einfach von der eigens geschalteten Internetseite:

www.wahlrecht-fuer-migranten.de herunter geladen werden. Auf dieser Seite können sich Unterstützer und Unterstützerinnen informieren und in die Listen eintragen. Denn jede Stimme zählt.

Wichtiger Baustein der Kampagne sind außerdem die inzwischen schon recht zahlreichen Beschlüsse, die kommunale Migrantenvertretungen in ganz Nordrhein-Westfalen zur Einführung des kommunalen Wahlrechts gefasst haben. In einigen Städten werden diese durch Beschlüsse der Gemeinderäte bekräftigt.

Eine breite Diskussion in Gesellschaft und Politik soll und wird die Kampagne begleiten. „Sie ist dringend notwendig. Denn Integration wird ohne politische Rechte für alle Migrantinnen und Migranten nicht funktionieren können. Im Gegenteil: Politische Partizipation erleichtert die Integration in die Gesellschaft, weil sie die Identifikation mit den Institutionen und der politischen Ord-

Wir unterstützen die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für alle legal in Deutschland lebenden Nicht-Deutschen.



LAG der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege



Ihre Stimme für Teilhabe!

Wenn auch Sie die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche in Deutschland unterstützen wollen, unterzeichnen Sie den Aufruf im Internet unter: www.wahlrecht-fuer-migranten.de

nung unseres Landes befördert.“ bekräftigte Tayfun Keltek während der Pressekonferenz im Landtag.

Mehrsprachigkeit – ein Reichtum für alle! LAGA für modernen MSU

Bei der letzten Sitzung des LAGA-Hauptausschusses vor den Vorstandswahlen im November befassten sich die Delegierten wieder einmal mit der Bildungspolitik. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Forderung nach einem modernen Muttersprachlichen Unterricht (MSU).

In Zeiten, in denen immer und immer wieder auf die Bedeutung einer guten Sprachentwicklung für den Schulerfolg hingewiesen wird, geht es auch um den besten Weg zum Erwerb der deutschen Sprache.

Mit der Förderung der Herkunftssprachen kann sowohl das Erlernen des Deutschen erleichtert wie auch das EU-Ziel der Mehrsprachigkeit für alle erreicht werden.

Darüber hinaus bereiteten die Delegierten die Neuwahl des LAGA-Vorstands vor. Für die Mitgliederversammlung am 17. November 2007 in Bielefeld wurde Tayfun Keltok erneut als Vorsitzender vorgeschlagen.

Dokumentation des Beschlusses: Mehrsprachigkeit – ein Reichtum für alle! LAGA fordert modernen Muttersprachlichen Unterricht

Grundlagen des Muttersprachlichen Unterrichts

- Mehrsprachigkeit ist ein Reichtum für den einzelnen und für die gesamte Gesellschaft. Erhalt und Ausbau der Mehrsprachigkeit, auch die der Migranten, gehören deshalb in den Regelunterricht unserer Schulen!
- Erhalt und Ausbau der Herkunftssprachen der Migranten sind eine wichtige Hilfe beim Erwerb der deutschen Sprache.
- Der Unterricht in den Herkunftssprachen ist ein wichtiger Beitrag zur Erziehung zur Mehrsprachigkeit und damit auch zum Erreichen des EU-Bildungsziels: alle Schülerinnen und Schüler sollen am Ende ihrer Schullaufbahn 3 Sprachen beherrschen! Auf NRW angewendet muss das bedeuten: die Absolventen können Deutsch, Englisch und eine weitere Sprache, darunter auch die Migrantensprachen.

- Die Pflege der Herkunftssprachen schafft an den Schulen ein Klima des Vertrauens. Sie erhöht die Lernmotivation der Kinder und ihre Bereitschaft, sich mit der Schule und auch diesem Land zu identifizieren. Sie schafft bessere Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit den Eltern.

- Unterricht in den Herkunftssprachen verbessert bei den einsprachigen deutschen Kindern die Bedingungen für das Fremdsprachenlernen. Sie können eine neue Sprache von und mit Muttersprachlern lernen. Die hier liegenden großen Chancen sollte man sich nicht entgehen lassen!

Fazit: Der Muttersprachliche Unterricht ist eine wichtige Investition in die Zukunft, die nur Gewinner kennt, keine Verlierer. Alles spricht dafür, ihn auszubauen im Rahmen eines Gesamtkonzepts für das Sprachenlernen in der Schule.

Schlussfolgerungen für Schule und Lehrerausbildung

- Der Muttersprachliche Unterricht muss erhalten bleiben und ausgebaut werden. Allen Schülerinnen und Schüler, die an dem Erhalt und altersgerechten Ausbau ihrer Herkunftssprache ein Interesse haben, muss die Möglichkeit geboten werden, einen solchen Unterricht zu besuchen. Dazu müssen vielfältige organisatorische Modelle entwickelt werden.
- Der Muttersprachliche Unterricht muss didaktisch und methodisch mit dem Regelunterricht, vor allem mit dem Deutschunterricht vernetzt werden, damit er ein effektiver Beitrag zum Deutschlernen wird. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Alphabetisierungsphase in den ersten beiden Schulklassen.
- Flächendeckend müssen bilinguale Klassen eingerichtet werden, in denen alle Kinder der Klasse zweisprachig lesen und schreiben lernen. Auch Teile des Sachunterrichts sollten bilingual unterrichtet werden.
- In der Sekundarstufe sollte die Muttersprache anstelle einer 2. oder 3. Fremdsprache bis zum Abitur unterrichtet werden.
- In den wichtigsten Migrantensprachen sollten nach dem Beispiel der Universität Essen (Ausbildung im Fach Türkisch für die Sekundarstufe II) Studierende für das zusätzliche Fach „Muttersprachlicher Unterricht“ ausgebildet werden. Eine derartige Ausbildung sollte auch für die Primarstufe entwickelt werden. (...)

Migrantenvertretung auf Bundesebene LAGA im Vorstand des Bundesausländerbeirats

Memet Kilic wurde auf der jüngsten Mitgliederversammlung des Bundesausländerbeirats als Vorsitzender wieder gewählt. Der Zusammenschluss der Landesverbände der Migrantenvertretungen vertritt auf Bundesebene die Interessen der Migrantinnen und Migranten.



Bei den Wahlen wurden auch zwei Mitglieder des LAGA-Vorstands gewählt. Zu Stellvertretern Kilic' wurden Filippo Giletti und Engin Sakal gewählt.

Kontakt: Bundesausländerbeirat
c/o Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz
Frauenlobstraße 15, 55118 Mainz
Telefon: 06131 – 63 84 35
E-Mail:
info@bundesauslaenderbeirat.de
www.bundesauslaenderbeirat.de

Integration von Zuwanderern Broschüre des Städtetages

Im Rahmen des Nationalen Integrationsplans haben die kommunalen Spitzenverbände einen gemeinsamen Beitrag vorgelegt, in dem allgemeine Ziele örtlicher Integrationspolitik formuliert wurden. Nun stellt der Deutsche Städtetag auf 78 Seiten kommunale Beispiele gelungener Integrationspolitik vor. Sie dienen lokalen Akteuren als Vorbild mit Handlungsempfehlungen für die Praxis in der eigenen Kommune.

Vieles ist nicht neu, aber gut zusammengefasst. Besonders erfreulich ist, dass der größte kommunale Spitzenverband seine Mitglieder mit dieser Broschüre zu entschlossenem Handeln in der Integrationspolitik auffordert. Kleiner Wermutstropfen: Die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen – vielleicht der Kern kommunaler Integrationspolitik – kommt leider etwas zu kurz. Immerhin bekennt sich der Städtetag zu ihr.

Info: Integration von Zuwanderern, Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten
Bestellung über: www.staedtetag.de

Perspektive mit Schulabschluss

Akademie Klausenhof bietet intensive Vorbereitung

Wie Elena Meier geht es vielen Migrantinnen und Migranten. Sie kam als 15jährige nach Deutschland. Obwohl hoch motiviert, gelang ihr zunächst kein Schulabschluss. Ihre Vorstellung Zahnärztin zu werden musste die aus Kasachstan eingewanderte junge Frau aufgeben. Nicht aufgegeben hat sie aber ihren Wunsch einen Schulabschluss und eine solide Berufsausbildung zu machen. Der Besuch vorbereitender Kurse bei der Akademie Klausenhof am Niederrhein hat dafür die Basis geschaffen. Heute arbeitet sie als Verkäuferin in einem Warenhaus in Borken.

Die vom Land NRW anerkannte und geförderte Einrichtung bietet speziell für junge Migranten bis 27 Jahre Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen und zur Vorbereitung auf eine Berufsausbildung an. In der Akademie Klausenhof haben interessierte Jugendliche die Chance unter dem Motto „Mit Power zum Abschluss“ den Haupt- oder den Realschulabschluss nachzuholen. Besondere Sprachförderung und berufliche Basisorientierung gehören zum Profil dieses Internatangebots.



Die Kurse sind für die Berechtigten kostenfrei. Nur für Verpflegung und Unterkunft werden angemessene monatliche Gebühren erhoben. Die Teilnehmenden haben neben dem Unterricht auch ein vielfältiges Freizeitangebot.

Informationen über Teilnahmebedingungen und Kurstermine unter:
 Akademie Klausenhof
 Klausenhofstraße 100, 46499 Hamminkeln
 E-Mail: kvi@akademie-klausenhof.de

Von der Migrationssozialarbeit zur Integrationsarbeit

Mit der Weiterentwicklung und Neuausrichtung der ehemaligen „Ausländersozialberatung“ hin zu modernen Integrationsagenturen wurde in Nordrhein-Westfalen ein zentraler Punkt des Aktionsplans Integration, der im Juni 2006 von der Landesregierung beschlossen wurde, umgesetzt.

Seit Januar 2007 arbeiten rund 200 Fachkräfte in 125 Integrationsagenturen in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände. Insgesamt 69 Integrationsagenturen sind in 22 der insgesamt 23 kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen tätig. Weitere 56 Integrationsagenturen sind in 24 der insgesamt 31 Kreise des Landes angesiedelt.

Die Arbeit der Integrationsagenturen hat sich von der eher klassischen Beratung Einzelner hin zu einer aktiven Einbindung der Zugewanderten und einer aktivierenden Arbeit zur Förderung der Eigenverantwortung gewandelt.

Heute unterstützen die Integrationsagenturen die sozialen Einrichtungen vor Ort bei ihrer interkulturellen Öffnung. Sie stärken die Kompetenzen der Beschäftig-

ten in Kindergärten, Krankenhäusern und Seniorenheimen in ihrem täglichen Umgang mit den zugewanderten Menschen. Sie unterstützen in Stadtteilen mit sozialen Problemlagen die Eigeninitiative von Migrantenselbstorganisationen, fördern deren Vernetzung und qualifizieren bürgerschaftlich Engagierte in der Integrationsarbeit. So qualifizieren und organisieren Integrationsagenturen den Einsatz bürgerschaftlich Engagierter beispielsweise für die Information über Gesundheitsfragen an Orten wie z.B. Moscheegemeinden. Sie organisieren und betreuen den Einsatz bei der Begleitung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei Behördengängen.

Weil Integration vor Ort stattfindet und gelingen muss, gehört die Kooperation mit wichtigen lokalen Akteuren für die Arbeit der Integrationsagenturen dazu: Die Kooperation mit kommunalen Gremien, mit Ausländerbeiräten / Integrationsräten und Integrationsbeauftragten in den Kommunen und den Selbstorganisationen und den Vereinen der Zugewanderten.

Am 29.11.2007 wird in Solingen der 2. Integrationskongress unter dem Titel „Integration braucht Partner - von der nachholenden zur vorausplanenden Integration“ stattfinden. Auf der „Allee der guten Beispiele“ werden sich über 35 Integrationsagenturen mit ihren Partnern präsentieren.

Als die – so Integrationsminister Armin Laschet – einzige demokratisch legitimierte Interessensvertretung von Migranten auf Landesebene ist die LAGA NRW ein solcher Partner für Integration. Mit einem eigenen Info-Stand wird sie daher beim Kongress in Solingen vertreten sein.

Infos zu den Integrationsagenturen:
<http://www.mgffi.nrw.de/integration/foerderbereiche/Integrationsagenturen/index.php>

Informationen zum Integrationskongress:
 Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen
 Frau Sabine Wachenfeld
 Wellersbergplatz 1, 59427 Unna
 Tel. 02303 / 954-301
 Fax 02303 / 954-406
tagung@lum.nrw.de

Bilanz nach einem Jahr Gleichbehandlungsgesetz Verband bekräftigt Kritik

Während die Antidiskriminierungs-Beauftragte der Bundesregierung eine positive Bilanz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zog, kritisiert der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) das seit August 2006 gültige Gesetz.

Von Seiten des Bundes wird insbesondere darauf hingewiesen, dass einerseits der Bekanntheitsgrad des AGG zunehme und Betriebe wie Verwaltungen sensibler auf Diskriminierung von Menschen reagierten. Zugleich sei die von den Wirtschaftsverbänden vorhergesagte Klagewelle ausgeblieben.

Genau hier setzt die Kritik des advd an. Zwar begrüße der Verband, dass nun auch Deutschland gesetzliche Regelungen zur Bekämpfung der Diskriminierung eingeführt habe, allerdings bleibe das AGG hinter den EU-Richtlinien zurück. Insbesondere würden Betroffene von praktischen und rechtlichen Hürden von Beschwerden abgehalten. „Dazu zählen z.B. die unzureichende Fristregelung, die finanzielle Situation der Betroffenen sowie Resignation und Angst gegen die erlebte Diskriminierung vorzugehen...“ heißt es in einer Stellungnahme des advd.

Der Verband, in dem sich unabhängige Antidiskriminierungsbüros und Selbsthilfeorganisationen zusammengeschlossen haben, fordert zur Verbesserung der Situation folgende Maßnahmen:

- Ein Bundesprogramm für die Schaffung einer bundesweit flächendeckenden Infrastruktur an Beratungsstellen und die Etablierung einer Antidiskriminierungskultur in Deutschland.
- Einrichtung eines unbürokratischen Rechtshilfefonds für Betroffene
- Die vollständige Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien
- Eine mehrsprachige Informationskampagne für das AGG, die sich zum Ziel setzt von Diskriminierung betroffene über ihre Rechte zu informieren
- Die Anerkennung von Antidiskriminierungspolitik als Querschnittsaufgabe durch alle Politikbereiche.

Ausführliche Informationen unter:
www.antidiskriminierung.org

Nordrhein-Westfalen feiert Geburtstag LAGA gratuliert in Paderborn

Etwa 600.000 Menschen haben Ende August in Paderborn den Nordrhein-Westfalen Tag gefeiert. Damit lag die Besucherzahl weit höher als von den Organisatoren erwartet. Alle Erwartungen wurden übertroffen. Die Stadt Paderborn zeigte sich von ihrer besten Seite. Das Motto des NRW-TAG in Paderborn war „Zwischen Tradition und Hightech“. Auf 10.000 Quadratmetern präsentierten sich Landesregierung, 70 Städte und Gemeinden aus NRW, 85 Unternehmen, Hochschule, Medien, Museen und Vereine.

Auch die LAGA-NRW war gemeinsam mit dem Migrationsbeirat der Stadt Pa-



derborn mit einem Stand vertreten. Die Geschichte der LAGA und andere Publikationen der LAGA-NRW wurden den Besuchern vorgestellt. Aus diesem Anlass tagte auch der Vorstand der LAGA-NRW in Paderborn.

Integrationsminister Armin Laschet nahm sich viel Zeit und besuchte die Paderborn. Auf diesem Areal veranstaltete der Paderborner Migrationsbeirat das „Internationale Fest der Begegnung“. Die Teilnehmer waren die Migrantenselbstorganisationen und Dritte-Welt-Gruppen aus Paderborn. Sie stellten Ihre Projekte vor und sorgten für kulinarische Abwechslung.

Minister Laschet und der Vorsitzende der LAGA-NRW Tayfun Keltok nahmen im Rahmen des Internationalen Festes der Begegnung an einer Podiumsdiskussion zum Thema Integration teil, zu der die Universität Paderborn eingeladen hatte.

Auch der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Thomas Kufen war

zum NRW-TAG gekommen. Er stellte sich am gemeinsamen Stand der LAGA und des Migrationsbeirats den Fragen der Besucher. Kufen betonte in seinem Beitrag die gute Zusammenarbeit mit der LAGA-NRW.

Mit dem NRW-TAG wird seit 2006 jedes Jahr die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen gefeiert. Der nächste NRW-TAG findet 2008 in Wuppertal statt. Hamm, Siegen und Bonn werden dieser jungen Tradition folgen.

Bildungsscheck-NRW Gezielte Ansprache von Migranten

Mit dem Bildungsscheck NRW unterstützt die Landesregierung die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung und übernimmt die Hälfte der anfallenden Kosten. Die finanziellen Mittel - bis zu 500 Euro pro Bildungsscheck - stellt der Europäische Sozialfonds zur Verfügung. Beantragen können den Bildungsscheck Unternehmen (betrieblicher Zugang) mit maximal 250 Beschäftigten und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (individueller Zugang).

Gefördert werden Angebote, die Kenntnisse und Fertigkeiten, Einsichten und Verhaltensweisen für die berufliche Praxis vermitteln. Dazu gehören beispielsweise Sprach- und EDV-Kurse aber auch kaufmännische und technische Lehrgänge.

Bei der Nutzung des „Bildungsscheck NRW“ fällt auf, dass Migrantinnen und Migranten bislang zu einem verschwindend geringen Teil die Fördermöglichkeiten nutzen.

So erhielt das DGB-Bildungswerk den Auftrag, die Aktivitäten zur Gewinnung dieser Zielgruppe zur Nutzung des Bildungsschecks-NRW zu unterstützen.

Grundlage ist ein Kommunikationskonzept, das eigens dafür entwickelt wurde, die Migranten-Communitys zu erreichen.

Dabei werden Organisationen der Migrantinnen und Migranten ebenso einbezogen wie Multiplikatoren, um den Bildungsscheck bekannt zu machen. Die Bedeutung von Aus-, Weiter- und Fortbildung sowie Qualifizierung soll stärker vermittelt werden. So möchte man letztlich die Nutzung des Bildungsschecks durch Migranten erhöhen.

Informationen:
www.dgb-bildungswerk.de

Schlüssel zur Integration: Politische Bildung

Manche Einsichten brauchen Zeit, bis sie in der Mitte der Gesellschaft ankommen. Mit einer Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung hat das „europäische forum für migrationsstudien“ eine besonders wichtige Einsicht nun in die Mitte der politikwissenschaftlichen Literatur gebracht: Politische Beteiligung als erster Schritt zur Integration. Zur politischen Beteiligung gehört aber zwingend politische Bildung. Ohne sie kann Beteiligung nur oberflächlich und letztlich wirkungslos bleiben.

In ihrer Studie „Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten und Migrantinnen“ stellen Stefanie Reiter und Richard Wolf erstmals umfassend dar, was für die Zielgruppe angeboten wird und welche Besonderheiten für die Zukunft beachtet werden müssen.

Von welcher hohen Bedeutung politische Beteiligung und Bildung ist machen die Autoren schon in ihrer Einleitung deutlich: „Doch das Problem eines fehlenden Wissens über das politische System und die politischen Partizipationsmöglichkeiten bleibt. Hinzu kommt, dass das Zusammenspiel von schwierigem formalen Zugang und mangelhaftem Wissen zu Frustration, schwindendem Interesse an und schwindender Identifikation mit den politischen Institutionen der Aufnahmegesellschaft führen kann. Die Förderung politischer Partizipation kann somit als Integrationsförderung verstanden werden.“

Die LAGA NRW wird mit ihrem Seminarprogramm in der Expertise hervorgehoben. Reiter und Wolf loben insbesondere die Möglichkeit für Migrantenvertretungen und Kommunen mit der LAGA NRW Seminare zur Integrationspolitik und der politischen Bildung für Rats- und Integrationsratsmitglieder nach dem örtlichen Bedarf zu planen und durchzuführen.

Als wichtigstes Fazit ziehen die Wissenschaftler aus ihrer Studie, die Notwendigkeit einer viel höheren Transparenz der Angebote zur politischen Bildung. Hier gelte es eine Strategie der gezielten Ansprache von Migranten, ihren Organisationen und deren Multiplikatoren zu entwickeln, die über die Verteilung von Faltblättern hinausgeht.

Info:

Die Expertise kann unter folgendem Link als pdf-Datei herunter geladen werden: www.bpb.de/files/2AELAY.pdf

„Da fand der Detektiv eine Räuberspur“ Kinder schreiben Kriminalgeschichten

„Was ist die Steigerung von „Schock Deine Eltern, lies ein Buch“? fragte die Kölner Ratsfrau Susana dos Santos Herrmann (SPD) die Gäste einer außergewöhnlichen Buchpräsentation. Die Antwort: „Mach sie fassungslos, schreib ein Buch!“ Anlass war eine Krimilesung der besonderen Art im Polizeipräsidium der Domstadt: 30 Jungen und Mädchen stellten dort am Weltkindertag ihre Krimis vor, die sie im Rahmen des 1. Kölner Sommercamps für Sprachförderung selbst verfasst haben.

Die Idee entstand im Frühjahr 2007. Elmar Fischer, Schulleiter einer Grundschule im Kölner Stadtteil Humboldt/Gremberg, hatte von innovativen Methoden zur Erhöhung der Sprachkompetenz von Kindern gehört und wollte sie an seiner Schule ausprobieren. Dort haben viele Kinder mit und ohne Migrationshintergrund Probleme in ihrer sprachlichen Entwicklung.

Gemeinsam mit dem pädagogisch erfahrenen Team von „hÄRMAnz Kinder- & Medienwelten“ entwickelte er ein Konzept für ein einwöchiges Sprach-Sommercamp.

30 Kinder durften in den Sommerferien ihr Quartier im Sommercamp aufschlagen, um einen besonderen Schatz zu finden: Ihren Wortschatz. Für dieses Programm konnte das Sommercamp-Team zusätzliche Unterstützer mobilisieren: Die Kölner Polizei, Redakteure des Kindersenders Super RTL und Klaus Strenge, Kölner Musiker und Komponist. So entstand am Ende ein ganzes Buch. Das Projekt soll fortgesetzt und kann durch den Kauf des Buches unterstützt werden.

Buchbestellung:

Da fand der Detektiv eine Räuberspur, Kinderkrimis vom Sprach-Sommercamp 2007,
ISBN: 978-3-935735-80-3,
Edition Kalk, 9,80 Euro
Vertrieb: Bücher Wolf
Kalker Hauptstraße 111,
51103 Köln
E-Mail: buecherwolf@netcologne.de

Elternhaus und Schule Dokumentation erschienen

Unter dem Titel „Elternhaus und Schule“ hat die Landesregierung bereits Ende 2006 einen Kongress durchgeführt. Ziel war es, neue Formen der Zusammenarbeit von Lehrern und Eltern mit Zuwanderungsgeschichte vorzustellen und zu verbreiten. Denn, wie Hans-Walter Schulten vom Integrationsministerium zur Eröffnung sagte: „Die Grundmotivation der zugewanderten Eltern, sich für die Bildung ihrer Kinder zu engagieren“

ist vorhanden.

Doch Sprachbarrieren und Unkenntnis über das hiesige Bildungssystem seien Hemmnisse auf dem Weg einer für den Lernerfolg der Kinder wichtigen Kooperation zwischen Elternhaus und Schule.



Elternhaus und Schule. Dokumentation der Tagung 28. November 2006



In der als Broschüre erhältlichen Dokumentation werden Beispiele aus ganz NRW vorgestellt, die diese Zusammenarbeit auf eine neue Basis gestellt haben.

In Duisburg etwa entwickelten die Vennbruckschule, eine Grundschule, gemeinsam mit drei umliegenden Kindertagesstätten die „Elternschule“.

Hier bekommen Eltern schon lange vor der Einschulung ihrer Kinder wichtige Informationen über das Bildungssystem.

In einem auf aktive Mitarbeit ausgelegten System können Eltern gemeinsam mit Erzieherinnen und Lehrern über die Ziele für ihre Kinder und die besten Wege dorthin diskutieren. Die Elternschule existiert seit fast acht Jahren und hat sich bewährt. Auch als Vorbild für andere Städte.

Info:

Elternhaus und Schule, Dokumentation
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
40190 Düsseldorf
www.mgffi.nrw.de

Rechtspopulistische Kampagnen in NRW Expertise der FH Düsseldorf

Die Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf hat für den Migrationsrat der Stadt Oberhausen eine Expertise zum Wirken der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Deutschland - KV Oberhausen“, erstellt. Sie ist die erste wissenschaftliche Untersuchung zu den Expansionsbestrebungen der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“.

In mehreren weiteren Städten NRW sind ebenfalls Kreisverbände gegründet worden.

Damit versucht dieser Flügel der extremen Rechten, auf dem Ticket von Anti-Islam-Kampagnen Stimmen für die kommende Kommunalwahl zu sammeln.

Deshalb hat Arbeitsstelle Neonazismus jetzt eine landesweiten Untersuchung über dieses Wirken vorgenommen. In Kooperation mit dem AK Ruhr (Arbeitskreis der Ruhrgebietsstätte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen), dem Migrationsrat der Stadt Oberhausen, dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland und der LAGA NRW wird diese herausgegeben. Sie erscheint Anfang November 2007.

Die Untersuchung von Autor Alexander Häusler beinhaltet:

- Einen komplexen Überblick über das Wirken von „Pro Köln, „Pro NRW“ und „Pro Deutschland“;
- Detailinformationen über die jeweiligen kommunalen Machenschaften dieses Netzwerkes in NRW;
- Analyse der Methoden, Organisationsstrukturen und Argumentationsstrategien;
- Hintergrundinformationen zum Phänomen des Rechtspopulismus
- Hilfen für Gegenstrategien vor Ort

Info: www.laga-nrw.de

Studienförderung der Ebert-Stiftung Chancen für Migranten an den Hochschulen

Für Migranten gibt es bei der Friedrich-Ebert-Stiftung gleich mehrere Möglichkeiten durch ein Stipendium gefördert zu werden: Ein spezieller Solidaritätsfonds unterstützt junge Wissenschaftler und Studenten aus dem Ausland, die in ihren Herkunftsländern und politischer und gesellschaftlicher Verfolgung zu leiden haben. Darüber hinaus vergibt die FES Stipendien an Studierende in Deutschland – mit und ohne Migrationshintergrund. Allerdings knüpft die in Bonn ansässige Stiftung ihre Förderung an die Bereitschaft der Stipendiaten,

sich in der Gesellschaft zu engagieren. Wer neben dem Studium ehrenamtliche Aufgaben übernimmt hat Chancen dafür Unterstützung zu erhalten.

Fehmi Yüksel, (siehe Bild) Mitglied des Integrationsrates in Mönchengladbach, studiert Wirtschaftsingenieurwesen in Aachen. Er hat sich gleich nach dem Abitur bei der FES beworben und nach Durchlaufen des Auswahlverfahrens schließlich ein Stipendium erhalten. Besonders hilfreich seien das ergänzende Seminarangebot der Stiftung sowie die Möglichkeit sich von Mentoren und Vertrauensdozenten beraten zu lassen.

Das Stipendium ermöglicht Fehmi Yüksel, seine Freizeitaktivitäten auch während des zeitintensiven Studiums fortzusetzen. „Ich organisiere zum Beispiel Konzerte oder bin in einer Jugendfreizeiteinrichtung mit vielen Kindern aus unterschiedlichen Nationen tätig.“

Info:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Studienförderung
Godesberger Allee 149, 53170 Bonn
www.fes.de

Mut zur Selbstständigkeit Veranstaltungsreihe des Integrationsministeriums

Immer mehr Migrantinnen in NRW gründen ihr eigenes Unternehmen. Sie schaffen Arbeitsplätze und leisten einen Beitrag zur Integration von Zugewanderten.

„Erfolgreich arbeiten mit zwei Kulturen“ heißt daher eine neue Veranstaltungsreihe des Integrationsministeriums. Sie richtet sich an Frauen mit Migrationshintergrund, die sich hierzulande selbstständig machen möchten. Bereits erfolgreich tätige Migrantinnen stellen ihre Arbeit vor und erklären anderen, wie sie ihre Ziele besser und schneller erreichen können. Unterstützung erhalten die Frauen dabei auch von den regionalen Industrie- und Handelskammern, in denen die Veranstaltungen meist durchgeführt werden.

Nächster Termin:
27. November 2007, 18 Uhr
Interkulturell denken – international handeln
Industrie- und Handelskammer Dortmund

Info:
www.mgffi.nrw.de



Impressum

Herausgeberin:
Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen
Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 994160
Fax: 0211 / 9941615
e-Mail: info@laga-nrw.de
www.LAGA-NRW.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgeforderte zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:
Ercan Atay, Filippo Giletti,
Tayfun Keltek, Claus-A. Kürschner,
Franz Paszek, Siamak Pourbahri,
Engin Sakal, Enver Sen,
Gülstan Yüksel, Erkan Zorlu
Susana dos Santos Herrmann
(redaktionelle Koordination)

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,
Geschäftsführer der LAGA NRW

Herstellung:
Susana dos Santos Herrmann, Köln
Druck: Druckhaus Süd, Köln